

unfähigkeit über 13 Wochen hatten in 16 Bezirken 2408 Unfälle zur Folge.

Die in Sachen durchgeführte Ueberficht über die Gefahrenverhütung fehlt bei der preussischen Inspektion. Dagegen enthalten die Anlagen des Reichsverbandes ein Schema des Handelsministeriums für die künftige Anlegung einer einheitlichen Statistik der Unfälle und Unfallursachen. So läßt sich und anerkennenswerth diese Statistik ist, deren Durchführung einer längst bekannten Forderung der einflussreichsten Sozialstatistiker entspricht, so muß doch die Registrierung insofern Bedenken erwecken, als man darnach folgende 6 Gruppen von Unfallursachen zu unterscheiden beliebt: A. Zufälligkeiten: 1. Gefahr des Betriebes an sich, auch bei geringer Unachtsamkeit des Arbeiters; 2. andere Ursachen: Ver schulden der Mitarbeiter; B. Verhalten des Arbeiters: 3. Gefahr des Betriebes an sich, bei grober Unachtsamkeit des Arbeiters; 4. Vefeltigung oder Nichtbenutzung gebotener Schutzvorrichtungen, Handeln gegen erhaltene Befehle oder bestehende Vorschriften; C. Mangel an Schutzvorrichtungen: 5. Fehlende oder schlechte Aufsicht und Unterweisung, Nichtbeachtung bestehender Vorschriften und Verordnungen; 6. schlechte Einrichtung überhaupt, Nichtanwendung oder Mangelhaftigkeit der Schutzmittel. — Diese eigenartige Rubrikierung kann uns nur als geeignet erscheinen, die Arbeitgeber von Amts wegen von ihrer Verantwortlichkeit für die Unfälle weiszuwaschen. Der Beamte für Bestrephen hat die neue Methode bereits auf die Unfälle seines Bezirks angewandt und kommt dabei zu folgender Ueberficht: I: 66 Prozent, II: 5 Prozent, III: 17 Prozent, IV: 3 Prozent, V: 3 Prozent und VI: 6 Prozent. Die Rubrik der unangeführten Ursachen ist also jetzt verschwunden; die meisten Unfälle fallen der Gefahr des Betriebes an sich zur Last. Das man aber dabei versucht, das Oidium der Schuld oder Mitschuld auf die Arbeiter oder Mitarbeiter, in letzter Konsequenz auf die Arbeiterklasse abzumäßen, muß gerechter Weise unseren Widerspruch hervorgerufen. Nun, die nächstjährigen Unfallübersichten werden es ja zeigen, was die beherrschende Praxis mit dieser Methode anzufangen weiß.

Im Uebrigen zeigt sich, daß die Vorschrift des Reichsanwalters an die Gemberinspektionen, nur Thatsachen mitzutheilen, die aus zuverlässigen Ermittlungen beruhen, ihre Wirkung nicht verfehlt hat, denn die Berichte leiden durchaus nicht an Ueberfülle kritischer Bemerkungen. Natürlich ist dieser Mangel durchaus nicht von Vortheil für die weitere Durchführung der Arbeiterchutzbestimmungen. Es wäre folgerichtiger gewesen, wenn die Reichsregierung, anstatt die Kritik zu beschränken, für eine größere Selbständigkeit der Aufsichtsbeamten gesorgt hätte, auf denen noch schlimmer als die Kesselfressen noch der unglückselige Dualismus der Polizeibehörden lastet. Wenn es ihr mit der Durchführung des Arbeitergesetzes wirklich ernst ist, so mußte sie im Gegentheil den Aufsichtsbeamten direkte Ersetzungswalt übertragen und der eigenthümlichen Praxis ein Ende machen, daß die Polizeibehörden nur widerstrebend die Unternehmer zu geringen Geldstrafen verurtheilen und die Schöffengerichte die Mißthäter freisprechen. So aber muß es dahin kommen, daß ein Gemberbar die abschließliche Nichtachtung der Gesetze konstatiren muß, ohne denselben entgegenwirken zu können, und es kann nicht Wunder nehmen, wenn hier und da, wie gesehen, die Beamten in Zuthältsigkeiten bedroht werden. Das sind eben die nothwendigen Folgen eines verfehlten Systems!

Protokoll des Ganlags für den 3. Gau, abgehalten am 17. November 1895 in der „Rartsbürg“ in Hamburg.

Nach einigen Begrüßungsworten des Gauvorsitzenden, Kollege Vork, wurde die Wahl des Bureau vorgenommen und wurde beschlossen, das Amt des ersten Schriftführers einem Kollegen, der nicht Delegirter ist, zu übertragen, damit die Delegirten sich mehr an den Verhandlungen betheiligen können. Die Wahl ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Kollege Kinnfleisch-Kiel, zweiter Vorsitzender Kollege Vork-Damburg, erster Schriftführer Kollege Wennig-Damburg, zweiter Schriftführer Kollege Wegel-Hamburg. Kollege Kinnfleisch eröffnet nun um 12 Uhr den Gantag mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Delegirten. 3. Welches ist die beste Agitation im 3. Gau? 4. Anträge des Gauvorstandes. 5. Anträge der Mitgliedschaften. 6. Beschlüsse.

Die Prüfung der Mandate wurde dem Gauvorstand überlassen. Anwesend sind Delegirte aus: Altona: Kollege Dierberg; Bremen: Kollege Wolf; Hamburg: die Kollegen Kimmberger, Glau, Grimm und Kreis; Kiel: Kollege Kinnfleisch; Lübeck: Kollege Mathies. Die Mitgliedschaft Flensburg hatte es nicht für nöthig erachtet, einen Delegirten zu senden, doch erklärte sich dieselbe mit der Abhaltung eines Gantags einverstanden, was durch folgende Resolution ausgedrückt wurde: „Die Mitgliedschaft Flensburg ist wohl von dem Zweck eines Gantags überzeugt, sieht aber von der Beschäftigung dieses Gantags ab, weil der Nutzen desselben in diesem Verhältnisse entsprechend den Kosten gegenüber zu gering ist.“

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhält der Gauvorsitzende Kollege Vork das Wort: Als im Mai 1893 die Einteilung der Gawe erfolgte, gehörten dem Gau folgende Mitgliedschaften an: Hamburg, Bremen, Oldenburg, Kiel, Flensburg; im Sommer 1894 kam Lübeck und am 1. April 1895 Altona hinzu. Leider ist Oldenburg wegen zu geringer Mitgliederzahl Anfangs November d. J. eingegangen. Im Jahre 1893 wurden im 3. Gau verschiedene öffentliche Versammlungen abgehalten mit dem Referenten Kollegen Vork, die aber nicht den Erfolg hatten, den man erwartet hatte. Im Februar 1894 wurde eine Statut in allen Mitgliedschaften aufgenommen, die ein ziemlich klares Bild unserer Verhältnisse zu Tage förderte. Im Herbst 1894 wurden öffentliche Versammlungen in Hamburg-Altona abgehalten, ferner wurde die Urabstimmung seitens des Gauvorstandes eingeleitet. Zur Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter wurde ein Fluglat ausgearbeitet, ferner zeigte sich das Einschreiten des Gauvorstandes als Disziplinärbehörde in einem Falle notwendig, die Abrechnung einer Mitgliedschaft betreffend. Ueber die Korrespondenz ist zu berichten: Eingang: 1893 27 Briefe und Karten, 1894 33, 1895 35; Ausgang von Sendungen von September 1894 bis November 1894 73 Briefe und Karten.

Punkt 2. Bericht der Delegirten. Da Kollege Dierberg-Altona nicht vorbereitet ist, übernimmt Kollege Pfennig als Mitbergründer der Mitgliedschaft Altona die Berichtserstattung. Er führt aus, daß es sich hier um lauter nicht organifizierte Kollegen gehandelt hat, die Gründung der Mitgliedschaft Altona ein Nothwendigkeitssak gewesen ist und der Verband dadurch immerhin einen Zuwachs an ca. 30 Mitgliedern hatte. Es kann ja behauptet werden, daß es doch praktischer gewesen wäre, die Kollegen der Hamburger Mitgliedschaft zuzuführen, doch wie hier die Verhältnisse lagen, war nicht anders aus dieser Angelegenheit herauszukommen, als durch eine selbständige Mitgliedschaft unseres Verbandes, und ist die Hoffnung vorhanden, daß die Altona-Dttenjer Kollegen die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit unseres Verbandes einsehen und für denselben immer neue Kämpfer heranziehen.

Wolf-Bremen übermittelt zuerst dem Gauvorstand einen Gruß der Mitgliedschaft Bremen und führt aus: Der Organisation gehören zur Zeit 35 Kollegen an, wovon 12 auswärtig. Wir haben in Bremen kein Mittel unverstüßt gelassen, die fernstehenden zu unserer Organisation heranzuziehen; Kollege Harber (Hannover) hatte zu diesem Zweck das Referat in einer öffentlichen Versammlung übernommen, das Resultat war Aufnahme von drei Kollegen, die uns aber bald wieder verlassen haben. Die Kleinmeisteri steht in Bremen in vollster Blüthe, welche uns in der organisatorischen Entwicklung hinderlich ist. In Bremen besteht seit vierzehn Jahren eine Organisation in unserem Berufe. Kollegen, die früher die eifrigsten Mitglieder waren, sind heute unsere Gegner. Der Gantag wird nun um Rath angegangen, was zu thun ist, um die Organisation auf die frühere Höhe zu bringen. Was den Arbeitsnachweis anbetrifft, funktionirt derselbe sehr gut, und haben wir ähnliche Zirkulare wie Hamburg in Bremen und Umgebung versandt. Zum Schluß erklärt der Delegirte, bei der Diskussion in diesem Punkte weiteren Aufschluß geben zu wollen.

Zum Bericht H a m b u r g bemerkt Kollege Kimmberger, daß der Bericht von Hamburg vom Kollegen Grimm in seinem Referat mit hereingezogen wird.

Nach einigen persönlichen Auseinandersetzungen seitens Hamburger Delegirten und dem Gauvorstand erhält Kollege

Kinnfleisch-Kiel das Wort: Der Mitgliedsbeitrag betrug 1894 18, im Jahre 1895 19. Es ist das Mögliche gethan worden, um die fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Von den 35 am Ort beschäftigten Kollegen gehören 18 der Organisation an. Die persönlichen Referenten, sowie die hohen Beiträge sind schuld an der schlechten Lage unserer Organisation in Kiel. In letzter Zeit fand eine öffentliche Versammlung statt, worin die Uebelstände einer Vertheilung kritifirt wurden, und versprochen die dort arbeitenden Kollegen, sich der Organisation anzuschließen. Am Ort befinden sich 12 Vertheilungen, davon eine mit 12 Kollegen. Was die weiblichen Mitglieder anbetrifft, sind dieselben leider durch das Verhalten einiger Kollegen ausgegrenzt, doch hoffen wir, nächstens Besseres berichten zu können. An Reiseunterstützung wurden im Jahre 1895 58,93 Mt. ausbezahlt. Die Unterstützung von Nichtverbandmitgliedern wurde unter allen Umständen abgelehnt und brachten wir das so weit, daß selbst Kollegen, die unserer Organisation nicht angehören, die Nichtverbandskollegen ebenfalls nicht unterstützen, was zu unserem Vortheil als organifizierte Kollegen zu sein scheint. Die Mitglieder in Kiel bezahlen 30 Wennig Wochenbeitrag.

Für die eingegangene Mitgliedschaft Oldenburg wurde ein Schreiben des Kollegen Schulze-Oldenburg verlesen, worin derselbe die Oldenburger Verhältnisse klarlegt.

Kollege Mathies-Lübeck: Die Mitgliedschaft Lübeck hat sich aus kleinen Anfängen emporgearbeitet. Im September 1893 wurde eine öffentliche Versammlung von Kollegen Waldburger einberufen. Es waren damals 2 Verbandsmittelglieder am Ort und liegen sich in der Versammlung 2 Buchbinder und 2 Lederarbeiter aufnahmen. Die 2 Lederarbeiter meldeben sich schon nach einigen Tagen wieder ab und nichtigen Gebirgen. Ferner erklärten einige amwesende frühere Fachvereinsmitglieder sich bereit, sich einer gegründeten Mitgliedschaft anzuschließen, was bis jetzt aber noch nicht der Fall gewesen ist. Die Zahl unserer Anhänger stieg nun, so daß wir im Herbst 1894 eine Mitgliedschaft gründen konnten. Anfangs mit 12 Mitgliedern, stieg die Zahl den Winter über auf 22. Nach Zu- und

Abgang in diesem Jahre ist uns ein Bestand von 19 Mitgliedern verblieben, und zwar in Lübeck 11, in Schwerin 6, in Wismar 1 und in Lügensburg 1 Mitglied. Die Versammlungen waren den Verhältnissen nach gut besucht und haben sich die Kollegen sehr rege an den Tagesfragen und so weiter betheiligt; auch waren wir bemüht, die kollegiale Gemüthlichkeit zu pflegen durch Ausläufe und Bälle. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen läßt sich nicht viel sagen; in der Buchbinderei haben wir es meistens mit solchen Beschäftigten zu thun, die nur im Winter einen Gehilfen beschäftigen; am besten stehen sich die Kollegen, die in einer Druckerei beschäftigt sind. Der Lohn bei Letzteren schwankt zwischen 16 und 20 Mt., während bei ersteren 11 bis 17 Mt. anzunehmen ist. Bei Kost und Logis wird ein Lohn von 3,50 bis 8 Mt. bezahlt. Als Durchschnittslohn ist 15 Mt. anzunehmen. Wenn die Kollegen so wie jetzt fortfahren, so werden wir bald über bessere Verhältnisse berichten können.

Mit diesem Bericht die Delegirten Bericht erstattet und erhält Kollege Grimm das Wort. Derselbe hält es für angebracht, die Berichte zu resumiren: Bremen hatte vor ca. 10 Jahren einen Mitgliederbestand von 50 bis 60 Kollegen. Vor einigen Jahren hatte Kollege Harber-Hannover in einer Agitationsversammlung, wie er mir selbst sagte, leider keinen guten Eindruck gewonnen und ist derselbe der Ansicht, daß der Sache nicht der nöthige Ernst beigegeben wird. Auch wäre es praktischer, in kleinen Verwaltungsstellen neben dem ersten auch den gemüthlichen Theil zu pflegen; ferner muß die Annäherung der Hilfsarbeiter gesucht werden. Ueber Flensburg ist ein gutes Resultat zu berichten; 98 Prozent sind organifirt, Kiel mit 50 Prozent, ein ziemlich gutes Resultat, doch ist ein Rückgang zu verzeichnen. Altona hat sich emporgearbeitet; es hat nur mit unorganifirten Kollegen zu thun gehabt, also kann man mit der Mitgliedschaft Altona zufrieden sein. Lübeck hat sich aus kleinen Verhältnissen herausgearbeitet. Hamburg hat ca. 50 Prozent der Organisation.

Kimmberger macht den Bremer Kollegen den Vorwurf, daß sie nicht etwas mehr für die Mitgliedschaft Oldenburg gethan haben, da Oldenburg doch die nächste Mitgliedschaft ist; ferner wandert sich derselbe, daß die Mitgliedschaft Flensburg so wenig Interesse zeigt, sich auf dem Gantage selbst vertreten zu lassen.

Kollege Wolf wendet sich gegen Kollege Grimm und meint, daß seines Wissens nach die Bremer Organisation noch nie aus 50-60 Kollegen bestanden hätte, auch ist derselbe der Meinung, daß die Bremer Mitgliedschaft in der Agitation ihre volle Pflicht und Schuldigkeit gethan hat, doch wünscht er, daß der Gauvorstand sowohl wie der Verbandsvorstand mehr in der Agitation thun könnten. Letzteres ist auch auf den Fall Oldenburg zu bemerken. (Der bei Gründung des Verbandes bestandene Verein in Bremen trat mit 49 Mitgliedern am 1. Mai 1885 in den Verband, zählte in den ersten zwei Monaten für 48 Mitglieder Beiträge, sank dann, durch Streitigkeiten am Orte veranlaßt, bis zum Ende des Jahres 1885 auf 38 und im Jahre 1886 auf 25 Mitglieder. Von dort an blieb sich die Mitgliederzahl ziemlich gleich (zwischen 22 bis 25) bis zum Schluß des 3. Quartals 1894. Seither ist eine Zunahme der Mitgliederzahl in Bremen wieder in den Abrechnungen konstatirt. — Die Agitation ist laut § 18 Abs. 2 des Statuts dem Gauvorstand unterstellt. (Die Redaktion.)

Kollege Grimm wendet sich nochmals gegen Wolf-Bremen. Wennig spricht über den Fall Oldenburg und schließt sich den Ausführungen des Kollegen Kimmberger an. Kollege Vork verliest Briefe aus Oldenburg, zur Aufklärung der Sachlage. Kollege Wegel schildert die Oldenburger Verhältnisse, da er selbst der Mitgliedschaft angehört hat. Kollege Mathies erklärt, daß Lübeck mit denselben Verhältnissen zu kämpfen hatte, wie Oldenburg, doch hofft derselbe, daß in ein oder zwei Jahren wieder gutes aus Oldenburg zu berichten ist.

Damit schloß die Debatte über die Berichte und wurde eine Pause von einer halben Stunde beschlossen. Kollege Kinnfleisch eröffnet um 2 1/2 Uhr die Nachmittagsstefung mit dem Bemerken, daß die Mandate für richtig befunden sind. Dann erhält Kollege Grimm als Referent das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Welches ist die beste Agitation im dritten Gau?“ Derselbe führte folgendes aus:

„Wenn wir Mittel und Wege suchen wollen, wie die Agitation im 3. Gau am besten zu betreiben ist, so müssen wir in erster Linie unteruchen, ob unsere Verbandsorganisation und unsere Verbandsbesetzung im Allgemeinen Rückschritte oder Fortschritte zu verzeichnen hat. An der Hand der Entwicklungsgeschichte unserer heutigen Berufsorganisationen werden wir denn auch den richtigen Weg und die richtigen Mittel finden, um eine ersprießliche Agitation für das fernere Gedeihen unseres Verbandes entfalten zu können. Wenn wir auf die erste Epoche unserer Fachbewegung zurückblicken und diese mit den heutigen Ertrugenschaften unseres Verbandes vergleichen, so können wir wohl sagen, daß wir, wenn auch nur langsam, doch nennenswerthe Fortschritte in unserer Fachbewegung gemacht haben. Redner schildert die verschiedenen Epochen unserer Verbandsbestrebungen von den Jahren 1868 bis 1895 in kurzen Zügen und weist nach, wie wir allmählich Schritt für Schritt eine Stufe um die andere erklimmen haben, bis wir auf dem Boden unserer heutigen Organisationsform angekommen sind. Der erste Verband, welcher durch die Wucht des Sozialistengesetzes hergeführt wurde, zählte etwa 1000 Mitglieder. Das damalige Organ war nicht obligatorisch eingestuft, das Abonnement war ein freiwilliges und hatte in Folge dessen das Organ auch nur eine schwache Abonnementzahl. Ebenso war das Unternehmerröden nur mangelhaft durchgeführt. Es bestand nur eine Reservenstufungstasse, welche immer

nach mit ihrem ersten Entwicklungsstadium zu kämpfen hat. Unsere Zentralkrankenkasse wurde vom Verband gegründet. Daneben bestand allerdings auch eine Zinvalidentasse, welche bis zur Aufhebung des Verbandes Bestand hatte. Das waren die Resultate des ersten „Münchener Kongresses“ und unserer ersten Verbandssammlung bis zum Jahre 1878. Der „weisse Schreden“ des hereinabgedrunnen Sozialistengesetzes hielt jedoch nicht lange an. Schon im Jahre 1880 gründeten die Leipziger Kollegen einen Unternehmerröden, welcher ca. 700 Mitglieder zählte und die „Deutsche Buchbinderzeitung“ gründete, welche bis zum Offenbacher Kongreß (1885) insbesondere propagandistisch thätig war und hauptsächlich die Gründung von Fach- resp. Unternehmerröden in den verschiedenen Theilen Deutschlands als ihre Hauptaufgabe betrachtete. Das ist ihr auch im Großen und Ganzen gelungen. Bei Gründung unserer heutigen Verbandszeitung trat sie vom Schaulplatz ab und stellte ihre Thätigkeit ein, sie hatte ihre Mission erfüllt. Der in Offenbach konstituirte Verband entwickelte sich nun zusehends, allerdings für die große Spanne Zeit von zehn Jahren vielleicht etwas zu langsam. In diesen zehn Jahren, von 1885 bis 1895, wurde vom Verband mühslich gearbeitet. In erster Linie wurde das Obligatorium unseres Verbandesorgans „Buchbinder-Zeitung“ eingeführt und die Gewährung des Rechtschutzes. Das Reservenstufungswesen wurde einheitlich geregelt, daneben entstanden unsere selbständigen Arbeitsnachweise. Der Frankfurter Verbandstag brachte uns die engere Zentralisation, die Arbeitsstellenunterstützung, die Gaweinteilung, die Urabstimmung und die größtmögliche Annäherung des männlichen und weiblichen Hilfspersonals an unsere Verbandsorganisation und gleichzeitig den Zentralarbeitsnachweis in Berlin. Der Frankfurter Verbandstag hat unserem Zentralverband erst das fehlende Glied seines jetzigen Bestandes gegeben. — Aus dieser Entwicklungsgeschichte unseres heutigen Verbandes können wir sofort ersehen, daß wir ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Unseren heutigen Verbandsereidigungen verbandt der Verband sein augenblickliches Nachsthum. Unser Verband umfaßt im zweiten Quartal 46 Mitgliedschaften und mit den Mitgliedern in Sachsen 3187 männliche und 461 weibliche zählende Mitglieder, was eine Mitgliederzahl von 3648 ergibt. Die in den Lokalorganisationen stehenden Kollegen dürften etwa 500 betragen, zusammen also 4148 Organifirte. Nicht man noch in Betracht, daß jährlich durchschnittlich etwa 600 organifirte Kollegen auf der Landstraße liegen, so ergibt sich schließlich die Summe von circa 4700 Organifirten. Wenn wir nun eine Parallele ziehen wollen zwischen unserem ersten und unserem heutigen zweiten Verband, dann werden wir erst gewahr, welche Vortheile wir in unserer heutigen Verbandsorganisation gegenüber früheren Jahren erlangen haben. Diese wir noch dazu in Erwägung, daß wir trotz der anfallenden Geschäftsrufen immerhin noch nebenbei in allen größeren Städten die jehtselbständige Arbeitszeit und einen mehr oder minder hohen Prozentzulag für die Ueberzeit- und Sonntagsarbeit erlangen haben, so liegt durchaus kein Grund vor, Kleinmüthig zu sein. Lassen wir es uns noch angelegen sein, den Prozentzulag für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit auch überall aufrecht zu halten, so würde dies bald nicht nur eine Lohnerhöhung, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge haben. Die weitere Folge wäre, daß die so gestiftete Ueberarbeit mit der Zeit fallen würde und ein großer Theil unserer Arbeitslosen würde Beschäftigung finden. Dies bedeutet aber auch zugleich eine wesentliche finanzielle Stärkung unserer Verbandsorganisation und einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt unserer sozialen Lage. Deshalb dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, wir müssen unermüht weiter arbeiten und weiter agitiren, um die noch indifferenten Kollegen in den Verband heranzuziehen. Ganz besonders müssen wir aber dem so sehr überhandnehmenden Egoismus zu begegnen suchen.“

Korrespondenzen.

Stuttgart. In öffentlicher Buchbinderversammlung am 30. November referirte Kollege Dietrich über: „Die Einteilung unserer Vereinbarungen vom Jahre 1889“. Um den Gang der Bewegung vom Jahre 1889 richtig beurtheilen zu können, entwirft Redner ein überschichtliches Bild derselben. Auf dem Verbandstag in Hannover wurden die Forderungen formulirt und beschlossen. Gegen 400 Zirkulare mit eingehender Begründung der Forderungen auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Bezahlung der geschäftlich angeordneten, firkslichen und bürgerlichen Feiertage, sowie Abschaffung eventuell Mehrbezahlung der Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, wurden an unsere Arbeitgeber in Deutschland versandt. In verschiedenen Orten wurde mit den Forderungen dann direkt vorgegangen, so auch in Stuttgart; jedoch stellte sich hier das Bedürfnis heraus, auch einen Minimallohn festzusetzen. Die Prinzipalität in Stuttgart war nicht so leicht geneigt, auf das Ansuchen der Gehilfenschaft einzugehen, welche vielmehr mit den Gehilfen der einzelnen Verhältnisse selbst unterhandeln und die gewählte Kommission nicht anerkennen. Eine große öffentliche Versammlung belehrte die amwesenden Prinzipale von dem Willen der Kollegenchaft, und mit dem Einflus des gleichfalls anwesenden Fabrikinspektors, Herrn Oberregierungsrath v. Diesendach, kam eine Eüung zwischen beiden Theilen zu Stande, welche Vereinbarungen zeitigt, mit denen beide Theile sich zufrieden gaben. Die Bezahlung der Feiertage sollte erfolgen, sobald auch Leipzig und Berlin demgemäß vorangegangen sei, was leider nicht durchgeführt werden konnte. Die allmählich niedrige Entlohnung Reueintretender hatte voriges Jahr wiederum eine Bewegung zur Folge, die mit der Zuficherung seitens der Prinzipale endete, das De-

stehende einzuhalten. An die eingesezte Ueberwachungs-Kommission gelangten sehr wenige Klagen, so daß sie keine Veranlassung hatte, einzutreten. In neuerer Zeit jedoch wurde in einigen Geschäften gegen die Vereinbarungen verstoßen, indem die Prozente für Ueberstunden den Stuckarbeitern nicht gezahlt wurden. Herr Wernberg, dessen Vater die Vereinbarungen anerkannt hatte, verweigert die Prozente mit der Motirierung: er müsse erst sehen, ob er mit der Stuckarbeit auch herauskomme! Daß man einem Geschäftsmann eine derartige Kalkulation nicht zurtraut, begründet Referent eingetend. Eine in höflicher Form gehaltene schriftliche Mahnung seitens der Ueberwachungskommission gab Wernberg Veranlassung, seinen Arbeitern zu sagen, daß ein „gewisser Dietrich“ ihn auf die Bezahlung der Prozente aufmerksam gemacht habe, lieber lasse er aber wieder auf Stunde arbeiten, sofern seine Arbeiter auf den Prozentsätzen verbleiben. Da letzteres nicht geschah und Vork, der Vertrauensmann der Werkstube, keine Veranlassung nahm, eine Werkstubeversammlung zu diesem Zweck einzuberufen, so sah sich der gleichfalls dort beschäftigte Kollege Schopper junior verpflichtet, dieses zu thun. Durch Zufall gelangte die Einladung in die Hände des Prinzipals und die Versammlung kam unter Anwesenheit der Hälfte Arbeiter und des Prinzipals zu Stande. Resultates verließ sie jedoch, da die Anwesenheit mit Ausnahme des Kollegen Schopper daselbst (wie sich ein Redner in der Diskussion ausdrückte) stumm wie kranke Affen. (Große Heiterkeit der Versammlung). — Bei der Firma Koch werden den Stuckarbeitern die Prozente mit der Motirierung vorenthalten, dieselben wären auf die Marktpreise geschlagen! Auch hier verweise man das Vorgehen der beteiligten Kollegen. Bei der Firma Kauer sind nur 20 statt 25 Prozent in Anrechnung gebracht worden, jedoch soll dies auf Unkenntnis der Lohn auszahlenden Personen zurückzuführen sein, da krankheitshalber Veränderung eingetreten ist. Durch die Gümmigkeit der dortigen Kollegen ist die Sache beigelegt und wurden, wie die Diskussion hierüber ergibt, die fehlenden Prozente nachbezahlt. (Durch Bravorufe giebt die Versammlung ihre Zufriedenheit darüber kund.) Wenn Abweichungen von den Vereinbarungen vorgekommen sind, so sei die Schuld den Kollegen zum großen Teil selbst beizumessen, da sie nicht energisch dagegen aufgetreten sind. Mit Befehl wurde die Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner aufgenommen. Besonders pflichteten den letzten Anweisungen die Kollegen Schopper senior, J. Frey, Lender, Raß und Wurtz bei. Das Verhalten der in Frage kommenden Stuckarbeiter wurde allgemein getadelt. Die übernehmliche Anfringung eines Theiles der Kollegen hat die Reduzierung der Preise zur Folge; der größere Kräfteverbrauch zieht sehr bald eine verminderte Arbeitsleistung nach sich. Der sich als Anarchist gerierende Kollege Birt stellt sich als Vertreter der Wernbergschen Werkstube vor, reklamiert in provozierender Art das Vorgehen und polemisiert gegen das korrekte Vorgehen des Kollegen Schopper junior. Hatte das Auftreten dieses Nach-Kollegen die Versammlung schon erheitert, so sollte es noch besser kommen. Unter Befehl der Versammlung verlesener Schopper sein Vorgehen und geht auf die von Vork getragenen Gründe ein, warum dieser keine Werkstubeversammlung einberief. Die Gründe sind folgende: Erstens findet Vork die Kollegen der Werkstube für zu „traurig“, um mit ihnen eine Werkstubeversammlung abhalten zu können! zweitens liessere er sich nicht für Andere ans Messer! und drittens muß er für sich selbst kalkulieren! Hierauf geht die Anarchisterei los mit dem Zwischenruf von „Sprennung der Versammlung“. Dadurch wird derart eine Erbitterung hervorgerufen, daß zehn Minuten nicht weiter beraten werden konnten. Durch die brutale Propaganda der „Zat“ zeichnet sich Vork einem alten ehrenwerthen Kollegen gegenüber aus: er zerbricht ein Glas an dessen Haupt. Zur Volkshygiene an dem Thäter war nicht übel Lust vorhanden, doch wurde die Ermahnung zu ruhigem Verhalten befragt. In glimpflicher Weise, unter Schutz einiger Kollegen konnten Vork und sein Gesells Binder den Saal verlassen. Hiermit ist aber noch die Geburt der Kollegenhaft zu Ende und der letzte anarchische Streich vollbracht in unserem Gewerbe am hiesigen Ort. Nachdem sich die Aufregung gelegt, wird nach einiger Diskussion über die Wahl oder Nichtwahl einer Ueberwachungskommission eine solche gewählt, bestehend aus den Kollegen Dietrich, Wurtz, Schopper senior, Karl Remmlinger, Rebbun und als Ersatzmann Lender. Kollege Dietrich appelliert an die Kollegen, fortan eifriger für die Organisation einzutreten und sich durch das eben gefasste Votum, das einzig in der Buchbinderbewegung Sittgenaris dasste, nicht ablassen zu lassen.

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 27. November im Lokale des Herrn Vols, Alte Jakobstraße 75. Kollege Casler referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Mitglieder in der Druckerei von Maurer & Dimmid, (Hilfsarbeiter 55). Er führte an, daß das hiesigen Arbeiterbündel, das den Arbeitern gewährt wird (der einstündige Arbeitstag für erwachsene weibliche und der zehnstündige Arbeitstag für Arbeiter unter 16 Jahren) aus prompt durchgeführt werden soll. Die Arbeiterschaft verlangt von den Prinzipalen, die uns als Gegner gegenüberstellen, daß sie die Arbeiterbündel beachten; thun sie es nicht, so wird schonungslos gegen sie vorgegangen. Die Arbeiterschaft lehnt sich nicht, auch gegen sozialdemokratische Unternehmer, wie die Herren Maurer & Dimmid es sind, die ihre Existenz doch zum großen Teil den Arbeitern zu verdanken haben, vorgehen. Daß die Herren Maurer & Dimmid die Arbeiterbündel gewiss nicht umgehen, beweist die Thatfache, daß wenn Gefahr im Anzug ist, die arbeitenden Personen fortgeschickt oder in der Papierstube unter Papier-

spähnen oder in Papierfäden verwickelt werden; trotzdem ist aber Herr Maurer Gewerbegerichtsbeisitzer und Herr Dimmid Mitationsmitglied für die Provinz Brandenburg. Die Arbeiterhaft sucht den Abstundentag zu erzwingen, bei den Herren Maurer und Dimmid soll die Arbeitszeit um 55 Minuten verlängert werden. Die Firma ist seit langer Zeit nicht mehr im Stande, allen ihren Arbeitern, die dort beschäftigt sind, ihren Lohn auszugeben. Es blieb bei den Schriftführern immer ein Rest stehen, und denselben waren diese so dreist neulich zu verlangen; ihnen wurde bedeutet, daß sie ihr Geld haben können, aber es wurde eine neue Arbeitsordnung aufgesetzt, nach der das Personal 55 Minuten länger arbeiten muß, was sich aber alle weigerten zu unterschreiben. In einer darauf folgenden Werkstubeversammlung wurde bekannt, daß ein Lehrling, der 1 1/2 Jahre in der Lehre ist, in einer Woche 29 Ueberstunden machen mußte. Ferner mußte eine Arbeiterin, die im selben Hause wohnt, am 16. November die Nacht durch bis Morgens 5 Uhr arbeiten, dann nach einigen Stunden Schlaf wieder weiter bis Nachmittag 3 Uhr. Seit 1. Oktober, wo die Arbeit flott geht, ist es nichts Neues, daß Arbeiterinnen Sonnabends länger arbeiten müssen; sie gehen um halb 6 Uhr scheinbar nach Hause, während sie sich in Wirklichkeit in der Papierstube befinden. Am Vortage erhielt unser Vertrauensmann einen Brief, daß dort gearbeitet werde. Er ging mit einem Kriminalbeamten hin und fand — nichts. Trotzdem hat sich in einem Papierstube ein Lehrling befunden, der Anleger war von den Prinzipalen, die gearnert worden waren, in die Duffelse geschickt worden. Referent betont ausdrücklich, wenn ein Arbeitgeber nicht im Stande ist, seinen Arbeitnehmern ihren verdienten Lohn auszugeben, so soll er als ehrlich denkender Mensch in die Reihen der Arbeiter eintreten und nicht denselben ihren Lohn vorenthalten und sie vor die Alternative stellen: „Entweder Sie warten oder Sie erhalten Ihr Geld und gehen.“ Eine lebhafteste Diskussion schloß sich an die Ausführungen des Referenten, an der sich Vertreter der Organisationen der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen beteiligten. Kollege Wolmetsch giebt bekannt, daß er einen Brief erhalten habe, nach dem am Vortage zwei Maschinen bei Maurer und Dimmid geben sollen. Er überzeugte sich erst, um dann mit einem Kriminalbeamten hinzugehen, fand aber Niemanden vor; die Herren Maurer und Dimmid, sowie der Geschäftsführer Wagner, der das Regiment in Händen zu haben scheint, waren gewarnt. Im Begriff, fortzugehen, wurde er von Herrn Dimmid gefragt, ob er Kriminalbeamter sei. Auf die Verneinung dieser Frage erhielt er, schon auf der Treppe stehend, von Herrn Maurer einen Stoß, daß er die Treppe herunterstürzte. Bestärkt wurde ferner, daß die Seher am Weihnachtstabend vorigen Jahres ohne Geld nach Hause gehen mußten, da die Herren Geiß sich „dünn“ gemacht hätten.

Glutze Seper fellen mehrere Hundert Mark an rückständigen Lohn zu fordern haben. Fast alle Redner finden es eines organisierten Arbeiters unwürdig, sich verziehen zu lassen. Es sei an der Zeit, mit dieser Art Parteigenossen aufzuräumen. Ein Antrag, den letzten Punkt der Tagesordnung, der vorgeschrittenen Zeit halber, abzusagen und auf die Tagesordnung einer späteren öffentlichen Versammlung zu stellen, wurde angenommen, desgleichen folgende Resolution:

„Die heutige, am 27. November, stattfindende öffentliche Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen spricht ihre tiefste Entrüstung über die in der arbeitserfreundlichen sein wollenen Druckerei von Maurer und Dimmid vorgenommenen systematischen Uebergriffungen der Gewerbeordnung aus; sie beauftragt ihre Vertrauenspersonen, mit aller Energie dahin zu wirken, überall, wo Mithände in Betrieben bestehen, sie der Öffentlichkeit zu übergeben.“

Düsseldorf. Wenn wir zurückblicken auf den Stand und die Thätigkeit der hiesigen Mitgliedschaft im vergangenen 3. Quartal und einen Vergleich ziehen mit dem 1. und 2. Quartal dieses Jahres, so können wir einigermassen zufrieden sein. Zwar ist die hiesige Mitgliedschaft nicht auf der Höhe, wie sie es für Düsseldorf sein möchte und vor Jahren auch war, wo dieselbe als ein Muster für alle anderen gelten konnte, doch können wir berichten, daß dieselbe sich momentan etwas gehoben hat. Unsere Bestürzung, daß der Mitgliederstand im Winter dieses Jahres wohl unter 10 sinken würde, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet, derselbe ist vielmehr, trotz der Abreise von 9 Mitgliedern, von 14 auf 19 gestiegen. Aufnahmen konnten wir im 3. Quartal 6 verzeichnen, wovon allerdings ein Kollege es für gut fand, wieder auszutreten, um dem Gewerbeverein graphischer Berufe und Maler (H. D.) beizutreten. Für unseren Verband kann es unserer Ansicht nach nur von Vorteil sein, wenn uns solche Kollegen den Rücken kehren, die bei ihrem Eintritt in den Verband sich nicht bewußt sind, warum und weshalb sie eigentlich beitreten.

An Reiterunterstützung zahlten wir 32,25 M. im vergangenen Quartal, gegen 30,90 M. deselben Quartals im vorigen Jahre; es zeigt sich also, daß wiewohl den gezahlten Beträgen für Unterstützung in beiden Jahren keine allzugroße Differenz waltet. Falls die anderen Mitgliedschaften ähnliche Resultate aufweisen, was allerdings fraglich ist, so dürfte die Anfangs befürchtete Mehrbelastung der Verbandstasse durch die eingeführte Auszahlung von Tagesgeltern nicht allzu hoch sein. Insgesamt reisten 31 Kollegen hier durch, darunter 16 noch nicht bezugberechtigte und ausgeleitete. Letztere wurden durch lokale Mittel, meist aufgebracht durch freiwillige Sammlungen unter den hiesigen Kollegen, unterstützt. Arbeit erhielten davon 5 am Ort. Was die Agitation betrifft, so haben wir gefunden, daß die mündliche bei den hiesigen Verhältnissen am besten ist;

von der Einberufung einer öffentlichen Buchbinder-Versammlung wurde Abstand genommen, einerseits weil für eine solche kein passendes Lokal vorhanden, und andererseits auf den Rath des Gewerbestandes, welcher mit den hiesigen Verhältnissen ziemlich vertraut ist und nicht, eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu veranstalten und dazu die fernstehenden Kollegen einzuladen. Zu selbiger Versammlung wollte er uns einen Referenten senden.

An dem in diesem Sommer unter Leitung des Herrn Kaufbuchbinders Adam ins Leben gerufenen Vergeltungsbezug beteiligten sich zur Zeit drei Kollegen und ist Aussicht vorhanden, daß noch mehrere an demselben teilnehmen.

An Vorträgen und Vorlesungen fand in diesem Quartal leider nur ein Vortrag statt; es wäre zu wünschen, daß die Leitung der hiesigen Mitgliedschaft gerade auf dieses Gebiet hauptsächlich ihr Augenmerk richtete, damit hierdurch zur Aufklärung und Belehrung der Kollegen etwas mehr geleistet würde.

Nach längeren Debatten und nachdem mit Rücksicht auf die miserablen Verhältnisse unserer Lokalität schon zweimal der Beschluß gefaßt wurde, ein Stiftungsfest in diesem Jahre nicht abzuhalten, wurde schließlich doch beschlossen, dasselbe zu feiern, und zwar in größerem Maßstabe als bisher. Dasselbe findet am 15. Dezember im Saale des Kaufhauses unter gefälliger Mitwirkung des Arbeiter-Männer-gesangsvereins „Vorwärts“ statt. Mit dem Arrangement und der Leitung des Festes wurde ein Komitee, bestehend aus den Kollegen Kurze, Jöen, Benisch und Klimm betraut. Möge diese Festlichkeit in agitatorischer, sowie finanzieller Beziehung von bestem Erfolg sein.

Breslau. „Spät kommt ihr, doch ihr kommt, der weite Weg einschuldtig euer Säumen“, werden viele Kollegen beim Lesen unseres Berichtes sagen. Ja, ja, weit ist unser Weg, denn das große Dorf Breslau liegt gleich neben einem großen frommen Reich, nämlich Kuyland. Da ich den Kollegen gesagt habe, wo Breslau liegt, so werden dieselben auch begreiflich finden, warum hier soviel Sozialdemokraten verhandelt werden. Aber nicht bloß aus purer Neugierdehaftigkeit werden die Sozialdemokraten, nein, auch nein, denn weil jene Menschen zu einer Motte gehören, welche nicht weicht, den Namen „Deutscher“ zu tragen, und deshalb der Kampf gegen diese Elemente, von denen wir sollen befreit werden.

Wir haben uns auch in Breslau ermannet, angesichts unserer Toten, welche, wenn dieselben noch heute unter uns weilten, einfach als Motteführer ihr Leben riskieren müßten; wir meinen unsere Kasse, Meinders, Kräcker und Kasper. Ja, ja, wir haben uns ermannet und haben feste agitiert für den Verband und so ist es uns gelungen, am Ort, wo es fast unmöglich schien, noch einmal eine Jahrestelle des Verbandes zu errichten, bis zum Schluß des 3. Quartals 38 männliche und 9 weibliche Vereinsgenossen für unsere Sache zu gewinnen, und waren wir am Schluß des 3. Quartals vier Dutzend, so können wir jetzt sagen, daß uns zum fünften Dutzend nur noch 2 fehlen.

Die Verbandseinnahme betrug für das 3. Quartal 107,70 M.; davon wurde an Unterstützung 32,74 M., an Verbandsgeld 45 Pf. verausgabt, mit Abzug der 15 Prozent für Lokalverwaltung blieben für den Verband 59,06 M. Die Lokalstafel besteht aus Abzug von 2,03 M. Ausgaben aus 24,37 M. Nicht wahr, wir haben die Kraft in uns gefunden und uns ermannet?

Den hiesigen Kollegen geben wir bekannt, daß wir einen Arbeitsnachweis am Orte errichtet haben, welcher für Verbandsmitglieder, sowie für Nichtverbandskollegen zur unentgeltlichen Benutzung offen steht. Wir machen aber an dieser Stelle besonders arbeitslos gewordene Mitglieder aufmerksam, daß es ihre Pflicht ist, in den Sprechstunden des Arbeitsnachweises täglich und pünktlich da zu sein, denn nur dadurch, daß wir jede Nachfrage nach Arbeitskräften betriebliegen können, ist es uns möglich den Arbeitsnachweis auf die Höhe zu bringen, welche ihm gebührt.

Den uns fernstehenden Kollegen rufen wir zu: tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch an, kämpft mit für besseren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit, denn nur eine gutorganisierte Arbeiterchaft ist im Stande, alle Lehnbrüder unserer Arbeitgeber zu parieren. Den weiblichen Mitgliedern gelten aber auch die Worte unseres großen Meisters: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“. Denn Kolleginnen, Ihr müßt Euch am meisten von Euren sogenannten Vorkführern schubriegeln und schinden lassen. Wie oft kommt es beim Lohnauszahlen vor, daß Ihr Euch einen Abzug gefallen lassen müßt, um nicht gar breilos zu werden. Deshalb organisiert Euch, dann habt Ihr nicht mehr nötig Euch so etwas bieten zu lassen.

Also auf zu gemeinsamen Streben, Ihr Arbeiterbrüder und Schwestern!

Immer werde zum Gange und kannst du selber kein Ganges werden, als dienendes Glied (schick) an ein Ganges dich an. W. Schwarzer.

Dresden. Die Herren M. und R. Jocher firmiren stolz: „Verkaufshaus“. Sie haben auch ein Recht darauf; wer die pruntenden Räume im Neubau des Stadthauses gesehen, wird das nicht betreten. Doch wenn die Käufer der Luxus- und Bedarfartikel unseres Gewerbes, welche bei Jocher ihre Bedürfnisse betriebliegen, einmal das Gegenstück sehen könnten zu dieser glänzenden Schaustellung, vielleicht erdienten manchem die Sache in neuem Lichte. Das Gegenstück, das sind die Arbeitsbedingungen, unter denen unsere Kollegen und Kolleginnen hüten zu schaffen gezwungen sind. Im Verkaufsraum stundenlanges Tagelicht! im Arbeitsraum meist ägyptische Finsternis, die man durch künstliche Beleuchtung zu bannen sucht. Dort rollendes Geld, hier denkbare fägliche Entlohnung. Sechs Kollegen werden beschäftigt, deren Löhne ganz 14 bis 16 Mark betragen. 16 Mark bezieht einer, der schon im vierten

Jahre dort schafft. Sieben Kolleginnen erhalten einen mittleren Wochenlohn von 8 Mark. Bei dieser generösen Entlohnung ist es selbstverständlich, daß die Feiertage nicht bezahlt werden. Damit wenigstens in etwas Aehnlichkeit mit dem Löhngesetz herrscht, besteht eine Arbeitszeit von 11 Stunden: von 7 bis 12 und 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Von Oktober bis März, also während sechs Monaten im Jahr, wird diese selbst für Dresdener Verhältnisse ungebührlich lange Arbeitszeit noch ausnahmslos täglich bis 9 1/2 Uhr ausgedehnt. Das haben die Kollegen bislang getragen, aber endlich riß der Geduldsfadens. Gans ist der Name des Vorkführers, und dieser muß als die Triebkraft des Ganges angesehen werden. Es ist ein gar frommer Herr und bekennt im evangelischen Arbeiterverein. Hier eine Probe von seiner Ehrlichkeit. Ein dort beschäftigter Kollege hat einen Zehlszug; wie alle bestätigen, macht er seine Arbeit gut. Beim Engagement hatte Herr Gans die Gewohnheit nicht bemerkt und später sagte er ganz ungerührt: hätte ich das gesehen, befäme er 12 statt 14 Mark!

Am 8. November hielt der evangelische Arbeiterverein sein Stiftungsfest, dabei durfte Herr G. nicht fehlen und so wurde nicht Ueberzeit gearbeitet. Am Tage darauf, einem Sonnabend, mochten nun die Kollegen nicht länger als bis 7 1/2 Uhr schaffen. Nach anfänglichen Widerstand ging man darauf ein und die Vereinbarung wurde an drei Sonnabenden eingehalten. Aber dann sollte die alte Gewohnheit aus Neue in ihr Recht treten und weil die Kollegen nicht mitmachten, erhielten sie die Kündigung. An dieser Stube verlieren wir nichts, dachten ganz richtig dieselben. Bestehen doch auch sonst noch schlimme Zustände. So legt die Fabrik-Ordnung auf 5 Minuten Verpätung eine Strafe von 10 Pf., auf 10 Minuten von 20 Pf. Wenn mehrere zusammenstehen, plaudern, wenn einer was preißt (vielleicht auf die fette Kondition), so giebt das Grund zur Entlassung ohne Kündigung. Bald mochte dem Vorkführer ein Tagelohn aufgeschlagen sein, welchen Geniestreich er mit der Kündigung in der stötesten Zeit gemacht und er nahm dieselbe zurück; nur die zwei „Mittelstufen“ sollen unter allen Umständen dauern. Jetzt legte sich der Verband ins Mittel (alle fünf gehören demselben an), aber auf briefliche Anfrage um eine Unterredung kam gar keine Antwort. So erklärte denn die Buchbinderversammlung am 30. November sich einstimmig solidarisch mit diesen fünf Kollegen. Und von denen wird keiner stehen bleiben! Was wir dem Geschäft und vor Allem dem Herrn Vorkführer böse aufhoben. Sache aller Kollegen ist es nun, stritte auf Seiten der Gemäßigten zu stehen und auch dieser Firma zu beweisen, daß ihre Wacht an Grenzen gebunden ist und daß sie mit Arbeitern nicht umspringen darf, wie es ihr beliebt.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereinsvorstände hat die Kommission beschlossen, daß der

Zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands am Montag den 4. Mai 1896 in Berlin stattfindet.

- Als Tagesordnung ist vorläufig vorgelesen:
1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate u. s. w.)
 2. Rechnungsbericht der Generalkommission und Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Agitation; b) Lohnstatistik und Arbeitslosenstatistik; c) Streikunterstützung und Streikstatistik; d) Correspondenzblatt.
 3. Die Arbeitslosenunterstützung.
 4. Die Arbeitsvermittlung als gewerkschaftliche und kommunale Einrichtung.
 5. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.
- Anträge, welche auf die Tagesordnung kommen sollen, oder auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 1. März 1896 an die Generalkommission einzuliefern. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 4. Mai 1896, Morgens 9 Uhr, eröffnet werden und dürfte voraussichtlich 4 bis 5 Tage dauern.

Die Wahlen der Delegierten werden nach den von dem ersten Gewerkschaftskongress gegebenen Bestimmungen von den Zentralvereinsvorständen ausgeschrieben werden.

Das Lokal, in welchem der Kongress stattfindet, sowie die näheren Bestimmungen über die Anmeldung der Delegierten u. s. w. werden rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Legien, Hamburg, S.-B.-R., Wilhelmstraße 8, 1.

Die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen.

- Ueber die Einberufung der Gewerkschaftskongresse, sowie über die Delegation zu denselben beschloß der erste Kongress der deutschen Gewerkschaften folgendes:
1. Die Einberufung des nächsten Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvorstände überlassen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn zwei Dritttheile der Zentralvereinsvorstände dieses beantragen.
 2. Zentralorganisationen bis zu 1500 Mitgliedern entsenden zum Kongress einen Delegierten, größere Organisationen auf jede weiteren 1500 Mitglieder ebenfalls einen Delegierten.
 3. Lokalorganisierte Arbeiter in den Landesteilen, in welchen die gesetzlichen Bestimmungen die Errichtung von Jahrestellen der Zentralverbände nicht

